

**Zeitschrift:** Rote Revue : sozialistische Monatsschrift  
**Herausgeber:** Sozialdemokratische Partei der Schweiz  
**Band:** 44 (1965)  
**Heft:** 4

**Buchbesprechung:** Literatur

**Autor:** Roschewski, Heinz / Schelker, Markus

**Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

**Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

**Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

**Download PDF:** 16.02.2026

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

Ein Minister, ein Bundeskanzler kann und darf sich irren, solange die Ausmaße seines Irrtums übersichtlich und korrigierbar bleiben. Doch diesmal geht es nicht um Kohle, Fernsprechgebühren und Getreidepreise, vielmehr weitet hier ein offensichtlich überforderter Mann seinen politischen Bankrott zu einer Katastrophe aus, deren Folgen eine Generation zu tragen haben wird, die schon an den Folgen der letzten Katastrophe – vor zweiunddreißig Jahren begann sie – mehr als genug zu tragen hat.

Sie, Herr Bundeskanzler, haben sich oft genug berufen gefühlt, als «Volkskanzler» eine anonyme und irreale Masse anzusprechen. Wer so selbstherrlich spricht, muß mit direkter Antwort rechnen. Ich antworte Ihnen als Bürger und Schriftsteller, der 1927 geboren wurde, ein mehrmals gebranntes Kind ist und Kinder hat, die er vor den Folgen Ihres Unvermögens schützen möchte: Treten Sie zurück, Herr Erhard. Sie gefährden uns alle. Unser Volk hat Anlaß zur Scham genug. Jemand, der das Maßhalten zur Phrase erhoben hat, ist dabei, die Schamlosigkeit maßlos zu betreiben.

## Literatur

### **Wieder «Helvetisches Malaise»**

Ein bekannter Wissenschaftler und staatspolitischer Denker, der aus St. Gallen stammende, an der Universität Basel wirkende Staatsrechtler Prof. Dr. Max Imboden hat soeben erneut das Gefahrensignal «Malaise» gestellt und damit auf jene schweizerische Grundstimmung hingewiesen, die eine «seltsame Mittellage zwischen ungebrochener Zuversicht und nagendem Zweifel» bezeichnet. «Der Wille ist immer noch auf Bejahung gerichtet, aber es stellen sich ihm aus einem schwer durchdringbaren Halbdunkel entscheidende Hindernisse entgegen. Noch bleibt die Haltung der Bürger weit von der offenen Ablehnung entfernt; aber das selbstverständliche Einvernehmen mit der politischen Umwelt und ihrer Form, der Demokratie, ist zerbrochen», schreibt Imboden in seinem Büchlein «Helvetisches Malaise» (EVZ-Verlag, Zürich, 1964).

Von den Symptomen nennt Imboden besonders die verweigerte demokratische Teilnahme; die Stimmabstimmung nimmt ständig ab. Dann die anwachsende, leerlaufende und anonyme Propagandaflut, die den Bürger nur noch ratloser werden läßt und noch mehr der Urne fernhält, wobei ein groteskes Mißverhältnis zwischen Propagandaaufwand und Aufwand für konstruktive politische Arbeit besteht. Und die abnehmende Leistung von Staat und Verwaltung: «Daß unsere öffentlichen Dienste ihre sprichwörtliche Zuverlässigkeit sichtbar verlieren und daß unsere Schulen nicht mehr die frühere hohe Qualität der Ausbildung verbürgen, ist nur das Äußerliche. Andere Einbußen

der Leistungskraft wiegen schwerer. In weiten Bereichen scheint der Wettkampf mit der Zeit verloren. Im besten Fall ist uns die Wirklichkeit um eine Nasenlänge voraus. Die Städte wachsen, und das graue Meer der Häuser und Straßen überflutet die Landschaft, ohne daß dieser Flut wirksame Dämme entgegengesetzt werden können. Es mangelt an der vorausschauenden Planung im Großen; es fehlen die Institutionen, um die ungebändigten Kräfte zu zügeln. Die Gewässerverschmutzung und die Luftverpestung schreiten fort. Die Möglichkeit katastrophaler Entwicklungen ist greifbar gegeben. Die Bodenverteuerung hat ein solches Ausmaß erreicht, daß die sich aus ihr ergebenden sozialen Probleme von Jahr zu Jahr schwerer zu bewältigen sind.»

Die Symptome, von denen wir hier nur eine Auswahl präsentieren können, scheinen uns von Professor Imboden richtig gesehen. Bei der Ergründung der Ursachen und bei der Aufzeigung von Lösungen könnte man mit Imboden noch streiten, obwohl er auch hier in vielen Dingen richtige Wege aufzeigt. Er verspricht sich viel von institutionellen Reformen. Die Eidgenossenschaft und die Kantone sollten wieder die Kraft zu Totalrevisionen ihrer Verfassungen aufbringen. Die Volksrechte, insbesondere das Verwaltungsreferendum, das Finanzreferendum, seien zu überprüfen, zum Teil auszubauen. Er kritisiert die helvetische Neigung, technisches Vorbereiten und politisches Handeln dauernd ineinander übergehen zu lassen und sich selbst über die Grenzen des einen wie des andern zu täuschen. Die Parteien sollten das Schwergewicht ihrer Bemühungen auf die Tätigkeit im Referendumskampf verlegen, untereinander um die Aufklärung des Bürgers wetteifern, sich zum Ziele setzen, besser als die anderen für eine sachgemäße Orientierung des gequalten Aktivbürgers zu sorgen. Die politischen Gewalten, besonders das Parlament, sollten gestärkt werden. Regierung und Verwaltung sollten stärker voneinander abgerückt werden. Die öffentliche Meinung sollte «sich selbst reinigen»; beispielsweise sollte die strikte Regel aufgestellt werden, daß alle Abstimmungsaufrufe mit Namen – sei es mit den Namen von Einzelpersonen oder sei es mit den Namen von Vereinigungen, wie Parteien und Interessenverbänden – zu unterzeichnen seien.

Sehr wichtig aber scheint uns, wie sich Professor Imboden die Bewältigung des technischen Zeitalters vorstellt, damit unsere Gesetzgebung nicht mehr so stark wie bisher von der Hand in den Mund leben muß. Im Bund, und eventuell auch für die Kantone, schlägt Imboden vor, sollte ein Stab von hochqualifizierten Fachleuten (Ökonomen, Soziologen, Juristen, Historikern und Ingenieuren) beschäftigt werden, der – losgelöst von jeder Verwaltungarbeit – allein die kommende Gesetzgebung vorzubereiten hätte: «Man kann, so seltsam es tönen mag, mit den Erkenntnismitteln unserer Zeit in wesentlichen Bereichen die Zukunft vorbereiten. Ein Generalstabschef, der nicht für alle überhaupt in Betracht kommenden Ernstfallsituationen einen sofort ausführ-

baren Plan bereithält, hat in seiner Aufgabe versagt. Auch in der friedlichen Funktion des Staates lassen sich vorausschauende Modelle entwickeln, die der kommenden Gesetzgebung und den kommenden Maßnahmen als Grundlage dienen können. In allen Bereichen der öffentlichen Tätigkeit besteht zumeist nur eine beschränkte Zahl in sich konsequenter Lösungsmöglichkeiten; diese lassen sich – wenn auch nicht in allen Einzelheiten, so doch in ihren tragenden Grundlagen – in den meisten Fällen gedanklich voraus entwerfen. Ein solches Vorgehen wäre Weitsicht ohne lenkende Planung; das Kommende würde vorbereitet, ohne jenen, die später handeln müssen, die Freiheit des Entschlusses zu nehmen. Im Gegenteil würde die Freiheit des politisch Handelnden erhöht. Der Verantwortliche wird in die Lage versetzt, auf Grund echter Alternativen zu entscheiden; er macht sich vom Zwang der Verhältnisse frei. Alles vorausschauende Vorbereiten wird daher stets auf die Entwicklung mehrerer Modelle gerichtet sein müssen. Zwischen den möglichen Lösungen zu wählen, muß jenen obliegen, denen die Verfassung das politische Steuer in die Hand gibt.»

Drei große Aufgabenkreise sollten gemäß Vorschlag Imboden in den Vorbereitungsarbeiten dieses Beraterstabes im Vordergrund stehen: Erstens die Landesplanung im weitesten Sinn, das heißt die Lösung der vielfältigen Fragen, die aus der Verknappung unseres Raumes und aus dem immer härteren Aneinanderstoßen von Natur und Technik entstehen. Zweitens der Problemkreis Bevölkerung und Beschäftigung; das wäre die Bewältigung all jener Anliegen, die sich aus der veränderten Bevölkerungsstruktur (Bevölkerungszunahme, Überalterung, Gastarbeiter, Verlängerung der Studien- und Lehrgänge) und aus den Gegebenheiten moderner Arbeit (Automatisierung, Um- schichtung auf die geistige Arbeit, Schrumpfung der Schicht der Selbständigerwerbenden, Freizeitbeschäftigung) ergeben. Und schließlich die organisatorische Neugestaltung unserer Gemeinschaft, die Fortentwicklung der Ordnung, die uns trägt.

Dieser «Vorschlag Imboden» sollte unseres Erachtens im Volk und in den politischen Gremien ernsthaft zur Diskussion gestellt werden.

Heinz Roschewski

## **Die Freizeit als sozialpsychologisches Forschungsobjekt**

Seit dem Ende des letzten Weltkrieges ist der Arbeiter zu einem Forschungsobjekt erster Ordnung der Sozialwissenschaften geworden. Hunderte von wissenschaftlichen Publikationen sind über dieses Thema erschienen, von denen nicht wenige bereits als Standardwerke gelten. Viele dieser Werke stützen sich auf umfangreiche Stichprobenerhebungen, das heißt auf empirisch ermittelte Daten. Dies gilt auch für das vorliegende Werk: *Dieter Han-*

*hart: «Arbeiter in der Freizeit», eine sozialpsychologische Untersuchung,*  
Verlag Hans Huber, Bern 1964.

Hanharts Buch basiert auf einer unter der Zürcher Arbeiterschaft vorgenommenen Untersuchung. Zur Verfügung stand dem Verfasser eine Zufallsstichprobe von rund 900 Arbeitern. Die erforderlichen Unterlagen wurden durch Interviews nach einem sorgfältig aufgebauten Befragungsschema gewonnen. Das Werk gliedert sich in einen theoretischen und in einen empirischen Teil.

Im theoretischen Teil, der, wie der Autor nachdrücklich festhält, vor dem empirischen Teil entstanden ist, begründet und formuliert Hanhart die Fragestellung, die der empirischen Untersuchung zugrunde liegt. Hanhart unterscheidet drei Funktionen der Freizeit: Erholung, Zerstreuung und Unterhaltung, Selbstentfaltung. Von diesen drei Funktionen ausgehend, entwirft er schließlich eine Typologie der Freizeitaktivitäten, die er in fünf Ordnungsprinzipien gliedert: Ort und Zeit, funktionelle Gebundenheit, Sinnerfüllung, geistige und körperliche Aktivität, Abhängigkeit (beispielsweise von der Gemeinschaft, vom Status usw.). Diese fünf Ordnungsprinzipien erheben keinen Anspruch auf Vollständigkeit, doch hat sich ihre Auswahl als für die Untersuchung sehr brauchbar erwiesen. Hanhart hat die Frage der Typologie, die sich bei allen soziologischen Felduntersuchungen dieser Art stellt, sehr sinnvoll gelöst. Die von ihm angeführten Beispiele bestätigen diese Feststellung.

Der empirische Teil enthält neben einer Fülle von interessanten Resultaten, auf die wir hier im Detail nicht eingehen können, einige Feststellungen grundlegenden Charakters.

Am Anfang des empirischen Teiles nimmt Hanhart eine Gliederung der Freizeit in drei verschiedene Bereiche vor. An erster Stelle nennt er die sogenannten «semi-loisirs», das heißt Freizeitarbeiten, die Verpflichtungscharakter tragen, die «erledigt werden müssen». Als zweiten Bereich faßt der Autor die «bedeutungsarmen Freizeitbeschäftigungen» auf, die man «konsumiert». Unter «bedeutungsreichen Freizeitbeschäftigungen» schließlich sind jene zu verstehen, die den Charakter des «Produzierens» tragen (basteln usw.).

Im Anhang untersucht Hanhart mit Hilfe der von P. R. Hofstätter entwickelten Profilmethode einige Zusammenhänge zwischen den Begriffen Muße, Arbeit, Spiel, Freizeit.

Dieter Hanhart hat mit seinem Werk «Arbeiter in der Freizeit» eine vorzügliche wissenschaftliche Arbeit vorgelegt, die sowohl methodologisch als auch ihrem theoretischen Aussagewert nach überzeugt. In seinen Schlußfolgerungen ist der Autor sehr vorsichtig. Er hütet sich davor, Schlüsse zu ziehen, denen auch nur ein Hauch von Voreiligkeit anhaften könnte. Möglicherweise hat Hanhart deshalb darauf verzichtet, außer einer Typologie der Frei-

zeitaktivitäten auch eine Typologie der Arbeiter nach ihrem Freizeitverhalten zu entwickeln. Eine solche Typologie wäre zweifellos höchst aufschlußreich, und dies um so mehr, als sich interessante Vergleichsmöglichkeiten zu H. Popitz's Typologie, die auf dem Gesellschaftsbild des Arbeiters aufgebaut ist, ergeben würden.\*

Markus Schelker

## Blick in die Zeitschriften

### *Klassenbewußtsein oben und unten*

Unter dieser Überschrift veröffentlicht die Monatsschrift des Österreichischen Gewerkschaftsbundes «Arbeit und Wirtschaft» in Heft 2 eine grund-sätzliche Studie von Hermann Mörth, dem Redaktor des «Tagblattes» Linz. Der Autor wirft als erstes die Frage auf, ob «Klassen und Klassenbewußtsein» nicht anachronistische Begriffe aus dem 19. Jahrhundert seien. Er gelangt zur Feststellung, daß die Klassen heute nicht verschwunden sind, sondern sich nur verändert haben. Sie sind vielschichtiger geworden und greifen manchmal ineinander. Dies gilt nicht nur für die einst homogene Arbeiterklasse, sondern auch für die Klasse der Besitzer von Produktionsmitteln. Obwohl sich diese Trennung in zwei Klassen auch heute noch feststellen läßt, ist nach Mörths Ansicht «das bürgerliche Klassenbewußtsein in den kapitalistischen Industriestaaten stärker als das Klassenbewußtsein der Arbeiter und Angestellten». Mörth vertritt den Standpunkt, daß die Lehren von Marx und Engels nicht nur entscheidende Teile der Arbeiterschaft geweckt hätten, sondern auch das Bürgertum. So schildert er den Wandel der bürgerlichen Ideologie vom Glauben an die Ideale der Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit zu dem bürgerlichen Pessimismus, Zynismus und der Menschenverachtung von heute. Durch die im Besitze des Bürgertums befindlichen Massenmedien werden diese An-schauungen in die Arbeiterschaft hineingetragen und zerstören dort die Frei-heits- und Erfüllungssehnsüchte. «Die moralische und geistige Verstümme-lung, Entmündigung und Verknechtung des Menschen ist der letzte Sinn der kapitalistischen Produktions- und Konsumationsmaschinerie.» Für diese, in unserer Zeit vielleicht hart klingenden Worte versucht der Autor, im Laufe seiner Arbeit den Beweis anzutreten. Im gleichen Heft von «Arbeit und Wirt-schaft» findet sich auch eine Arbeit von Josef Hindels «Meinungsforschung und Entideologisierung der Arbeiterschaft», die in vielen Punkten eine Er-gänzung von Mörth darstellt.

Otto Böni

---

\* Vergleiche «Das Gesellschaftsbild des Arbeiters», von Popitz, Bahrdt, Jüres und Kesting, Tübingen 1957.